



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
21.11.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:01 Uhr bis 17:59 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Bartl
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Meerheim
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Koehn
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:11 Uhr
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 17:05 Uhr
Nicole Ramin	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Dr. Petra Sachse	Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wis- senschaft und Digitalisierung
Dirk Lindemann	Leiter Ansiedlungsmanagement
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste:

Jörg-Heinrich Tobaben	Geschäftsführer Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH
-----------------------	---

Entschuldigt fehlten:

Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner
Anton Schumann	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohneranfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Frau Winkler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Winkler begrüßte den eingeladenen Gast Herrn Tobaben. Ihm wurde in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern das Rederecht erteilt.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift 24.10.2017
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier
Vorlage: VI/2017/03517
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Betreuung von Unternehmen im Zuge der Umsetzung des Stadtbahnprogrammes

- 7.2. Konferenzförderung der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift 24.10.2017

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 24. Oktober 2017, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier Vorlage: VI/2017/03517

Frau Dr. Sachse führte die Vorlage der Verwaltung ein.

Herr Tobaben führte anhand einer Präsentation die Begründungen der Beschlussvorlage aus.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Peinhardt fragte, welche Maßnahmen über das Projekt finanziert werden können.

Herr Tobaben antwortete, dass die komplette Bandbreite der Regionalentwicklung förderfähig ist.

Herr Peinhardt fragte, ob noch weitere Projekte eingereicht werden können.

Herr Tobaben bejahte dies.

Herr Peinhardt fragte, in welchen Gremien die weiteren Projektideen erarbeitet werden.

Herr Tobaben antwortete, dass die größeren Fördermaßnahmen vom Bund genehmigt werden und in der Region das Empfehlungsgremium bis 150.000 Euro selbst entscheiden kann.

Herr Peinhardt fragte, ob das erforderliche Budget im Haushaltsplan eingestellt ist.

Frau Ernst bejahte dies.

Herr Bauersfeld fragte, welche Vorteile die Stadt Halle (Saale) durch einen Beschluss hat und inwieweit eine Einbeziehung des Stadtrates erfolgt.

Herr Tobaben erläuterte, dass die Fördersumme laut Zweckvereinbarung auf die beteiligten Gebietskörperschaften gleichmäßig verteilt wird. Zudem gehen die geförderten Projekte über das Thema Braunkohle hinaus.

Frau Ernst ergänzte, dass durch die Mitgliedschaft in der Metropolregion das Ziel verfolgt wird, die Region gemeinsam über die interkommunale Zusammenarbeit der Partner zu stärken. Zudem partizipiert die Stadt Halle (Saale) über Einzelprojekte.

Die Anbindung des Stadtrates soll durch fortlaufende Informationen über den Projektstand im Ausschuss erfolgen.

Herr Tobaben ergänzte, dass die Stadt Halle (Saale) durch einen Vertreter in der Projektgruppe sowie durch die regionale Planungsgemeinschaft Halle, mit einem gemeinsamen Vertreter der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau, Leipzig und Ost Thüringen sowie einem gemeinsamen Vertreter der Handwerkskammer Halle, Leipzig und Thüringen Ost und einem Vertreter aus der IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) und dem DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) vertreten ist.

Des Weiteren hat der Bund großen Wert darauf gelegt, dass ein Technologietransferpartner in der Projektgruppe vertreten ist. Die Univations GmbH Institut für Wissens- und Technologietransfer, eine unmittelbare Tochter der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg mit Sitz in Halle wird in dem Kreis vertreten sein.

Frau Hinniger sprach sich für die Beschlussvorlage aus. Sie fragte, inwieweit sich Firmen- und Logistikstrukturen beteiligen. Des Weiteren fragte sie, über welchen Zeitraum die Finanzgrundlage im Haushaltsplan eingestellt ist.

Herr Tobaben antwortete, dass das Budget bis 2020 im Haushaltsplan der beteiligten Gebietskörperschaften eingestellt ist.

Er sagte, dass während der 4-jährigen Umsetzungsphase der Zweckvereinbarung die komplette Projektbandbreite aus der Region abgebildet werden soll und die sieben Mitglieder der Projektgruppe die Aufgabe haben, Unternehmen und Sozialpartner einzubinden und Beteiligungsprozesse anzustoßen.

Frau Hinniger fragte, ob die Zweckvereinbarung unbefristet ist.

Herr Tobaben bejahte dies und ergänzte, dass diese jederzeit von jedem Partner gekündigt werden kann.

Herr Bauersfeld fragte, wie das Projekt „Fliegen ohne Kerosin“ umgesetzt wird.

Herr Tobaben bot an, dass bei Bestätigung des Projektes über den aktuellen Arbeitsstand im Ausschuss berichtet werden kann.

Herr Peinhardt fragte, wo die Rechte eines Projektes für eine Technologieentwicklung verbleiben.

Herr Tobaben antwortete, dass die Standardförderrichtlinien des Bundes gelten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt, dem Abschluss der Zweckvereinbarung zur Gestaltung eines zukunftsorientierten Strukturwandels im Mitteldeutschen Braunkohlerevier zuzustimmen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Betreuung von Unternehmen im Zuge der Umsetzung des Stadtbahnprogrammes

Frau Dr. Sachse informierte anhand einer Präsentation über die Betreuung von Unternehmen im Zuge der Umsetzung des Stadtbahnprogrammes.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Ernst ergänzte, dass die Verwaltung für Unternehmen zentrale Ansprechpartner bietet. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Konferenzförderung der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2017

Frau Dr. Sachse informierte anhand einer Präsentation über die Kongressförderung im Jahr 2017.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Hintz fragte, an welchen Orten Kongresse stattgefunden haben.

Frau Dr. Sachse antwortete, dass diese an unterschiedlichsten Veranstaltungsorten stattgefunden haben, beispielsweise in der Universität oder in Freiräumen der Stadt Halle. Sie ergänzte, dass diese Veranstaltungsorte nicht über große Kapazitäten verfügen.

Frau Hintz fragte, ob es Anfragen von Veranstaltern gab, die aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten für eine Förderung abgelehnt werden mussten.

Frau Ernst bejahte dies. Insbesondere wissenschaftliche Institute können aufgrund fehlender räumlicher Kapazitäten sowie Hotelkapazitäten große Veranstaltungen nicht in Halle durchführen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Bauersfeld zum TÜV

Herr Bauersfeld berichtete, dass eine TÜV-Dienststelle in der Köthener Straße ihren Standort aufgrund von räumlichen Problemen wechseln will. Er fragte nach den Hintergründen.

Frau Ernst antwortete, dass es in der Köthener Straße gebrannt hat.

Zum aktuellen Stand sicherte **Frau Ernst** eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Bauersfeld zur Tarifbindung

Herr Bauersfeld teilte mit, dass laut einem Zeitungsartikel die Tarifbindungen des Handwerks in Sachsen-Anhalt in Richtung null gehen sollen. Er fragte nach weiteren Informationen.

Frau Ernst schlug vor, zu diesem Thema die Handwerkskammer einzuladen und die Thematik im Ausschuss zu diskutieren.

zu 8.3 Herr Bauersfeld zu Langzeitarbeitslosen

Herr Bauersfeld fragte, ob Langzeitarbeitslose ab 50 Jahre noch Ausbildungsplätze bekommen können, um gegebenenfalls freie Ausbildungsplätze von Unternehmen und im Handwerk zu besetzen.

Frau Ernst schlug ebenfalls vor, Vertreter von Jobcenter und Arbeitsagentur in den Ausschuss einzuladen.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Frau Winkler verwies auf den hinterlegten Themenspeicher in Session und fragte nach eventuellen Ergänzungswünschen.

Herr Bauersfeld regte an, die Aktionstage Girls' Day und Boys' Day auf mehrere Tage im Jahr zu verteilen, um den Andrang auf die Unternehmen zu minimieren.

Frau Ernst wies darauf hin, dass die Unternehmen sich über regen Zulauf freuen, um so möglichst viele Interessenten für einen Ausbildungsplatz anzusprechen.

Herr Lange ergänzte, dass diese Veranstaltungstage als wichtige Präsentationsplattform der Berufszweige und Unternehmen dienen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Winkler beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Yvonne Winkler
Ausschussvorsitzende

Sarah Lange
Protokollführerin